

Vorlagenummer: 0236/2025
Vorlageart: Vorschlag zur Tagesordnung
Status: öffentlich

Vorschlag der AfD-Fraktion

hier: Eindämmung der Flut von Wahlkampfplakaten

Eingereicht am:
Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Hagen (Entscheidung)	03.04.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Der Rat möge beschließen, rechtzeitig vor der nächsten Wahl die Verwaltung zu beauftragen, die rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung bzw. Verhinderung der Flut von Wahlkampfplakaten der Größe A0 bis A2 vorzustellen

Des Weiteren sollte von der Verwaltung ein Konzept für eine begrenzte Anzahl zentraler Aufstellungsorte für Wahlkampfplakate in der Stadt Hagen unter Berücksichtigung von möglichen Sanktionen bei Nichtbeachtung, erarbeitet werden.

Sachverhalt
siehe Anlage

Anlage/n
1 - 2025-04-03_Vorschlag_AfD_Eindämmung_von_Wahlplakate_RAT (öffentlich)

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Telefon: 02331-207 2129

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afd-hagen.de

Herrn Oberbürgermeister

Aktenzeichen: 03.04.2025_RAT_02

Erik O. Schulz

Hagen, 10.03.25

- im Hause -

Antrag zur Tagesordnung des Rates der Stadt Hagen am 03.04.2025 gem. § 6 GeschO

Eindämmung der Flut von Wahlkampfplakaten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei jeder Wahl werden die Straßen von Wahlkampfplakaten überflutet. Wochenlang hängen dort zerrissene, beschmierte Plakate, die niemand entfernt. Der An- und Abtransport dieser Plakate erfolgt oft mit umweltschädlichen Transportern, die von Laterne zu Laterne fahren. Eine Woche haben die Parteien nach der Wahl Zeit, ihre Plakate wieder zu entfernen. Dieses Zeitfenster wird oft überschritten.

Wer vor der Wahl viel investiert hat, muss nach der Wahl auch entsprechend lange aufräumen. Als Sondermüll müssen die Kunststoffplakate letztlich entsorgt werden.

Diese altmodische Art der Wahlwerbung ist nicht mehr zeitgemäß und beeinträchtigt die Umwelt, das Stadtbild und oft auch die Sicherheit.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen, rechtzeitig vor der nächsten Wahl die Verwaltung zu beauftragen, die rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung bzw. Verhinderung der Flut von Wahlkampfplakaten der Größe A0 bis A2 vorzustellen.

Des Weiteren sollte von der Verwaltung ein Konzept für eine begrenzte Anzahl zentraler Aufstellungsorte für Wahlkampfplakate in der Stadt Hagen unter Berücksichtigung von möglichen Sanktionen bei Nichtbeachtung, erarbeitet werden.

Begründung:

Wahlplakate bedeuten nicht nur eine **Verschmutzung** des öffentlichen Raums, sondern auch eine **Verschwendungen von Geld** und Ressourcen. Sie bestehen größtenteils aus nicht wiederverwendbaren Materialien und tragen zu unserem **Abfallproblem** bei. Hinzu kommt, dass sie bei den Wählern eher zu einer visuellen Überlastung führen.

Es ist höchste Zeit, auf umweltfreundlichere und modernere Methoden der Wahlwerbung umzusteigen, die unsere Städte nicht unnötig verschmutzen.

Weltweit haben Städte und Staaten bereits Maßnahmen unternommen, um Werbung im öffentlichen Raum zu reduzieren – und manche von ihnen kommen bereits ganz ohne aufdringliche Außenwerbung aus.

Zumal es mittlerweile nachgewiesen ist, dass Plakate den geringsten Effekt auf den Wähler hätten. Am meisten Zuspruch bekäme man durch persönliche Gespräche.

Kommunikations- und Meinungsforscher kommen tatsächlich zu dem Ergebnis, dass sogar die besten Motive kaum jemanden zu einem Wechsel seiner Einstellungen bewegen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche

Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling

Fraktionsgeschäftsführerin